

vorneweich 04

Bange machen gilt nicht

#SPDerneuern – nach der Thüringen-Wahl erst recht

Von Katja Pähle

Nach der Landtagswahl in Thüringen sind noch viele Fragen offen – vor allem die nach der künftigen Landesregierung. Aus sachsen-anhaltischer Sicht kann ich nur sagen: Wir zeigen seit 2016, dass unter außergewöhnlichen Bedingungen auch ungewöhnliche Koalitionen möglich werden. Und: In Sachsen-Anhalt gab es auch schon mal acht Jahre lang eine Minderheitsregierung, die SPD-Regierungspolitik möglich gemacht hat.

Unabhängig von der Regierungsbildung lohnt sich der Blick insbesondere auf die Frage, was das Ergebnis für die SPD insgesamt bedeutet.

Das Gesamtergebnis und die hohen Zustimmungswerte von Ministerpräsident Ramelow sprechen dafür, dass die Landesregierung gute Arbeit geleistet hat und Thüringen in den letzten Jahren gut vorangekommen ist. Daran hat auch die SPD einen starken Anteil. Dennoch hat nur die Linke davon profitiert. Während die Grünen zwar prozentual verloren, aber immerhin 4.000 Stimmen hinzugewannen, verlor die SPD bei gesteigerter Wahlbeteiligung fast 26.000 Stimmen.

Natürlich: Wie zuletzt auch in anderen Bundesländern führte die starke Polarisierung auch in Thüringen dazu, dass die Wählerinnen und Wähler auf die Partei des Ministerpräsidenten setzen. Und für die SPD ist die eigene Profilbildung unter einem populären Ministerpräsidenten von der Linken sicher noch ein ganzes Stück schwerer als in anderen Konstellationen.

Das ist aber **nicht das Entscheidende** für das SPD-Ergebnis. Entscheidend ist, dass die SPD als Ganzes, im Bund wie in den Ländern noch längst nicht damit fertig ist, ihre Antwort auf den Vertrauensverlust bei den Wählerinnen und Wählern zu formulieren. Neue Kraft und neue Chancen gewinnen wir nur dann, wenn Menschen für sich selbst und für ihre Anforderungen an Politik einen Nutzen darin sehen, SPD zu wählen. Und wenn wir ehrlich sind, müssen wir feststellen: Dafür haben wir noch einen weiten Weg zurückzulegen.

Wir schaffen #SPDerneuern weder durch einen Befreiungsschlag noch durch einen Heilsbringer, sondern nur in einem langen Prozess, mit einem Dreiklang der politischen Erneuerung:

Erstens: Wir brauchen **neue, glaubwürdige Leute** an der Spitze – da sind wir gerade mittendrin. Wir haben die große Chance, mit der Stichwahl Klarheit zu schaffen und für einen neuen Aufbruch zu sorgen; hoffentlich mit einer noch weiter steigenden Beteiligung bei der Abstimmung.

Zweitens: Wir brauchen **eine strategische Entscheidung** über die Zukunft der Großen Koalition in Berlin – darüber muss der SPD-Parteitag im Dezember entscheiden. Meine Position dazu

ist klar: Die Gemeinsamkeiten mit der CDU sind aufgebraucht, und die Zusammenarbeit in der Koalition bringt uns als SPD bei unserer Erneuerung nicht weiter.

Der frustrierende Stillstand bei der Grundrente und die von der CDU aufgemachte Konfrontation ausgerechnet in der Außen- und Friedenspolitik sind aus meiner Sicht deutliche Belege dafür. Allerdings ist Rausgehen alleine noch kein Plan. Wir brauchen dann auch strategische Alternativen und Perspektiven für die Zeit nach einem Ende der Koalition.

Drittens und vor allem: Wir müssen **unsere politischen Ziele neu und zeitgemäß definieren** – aber da stehen wir nach einem tollen Aufschlag zum Thema „Neuer Sozialstaat“ immer noch ziemlich am Anfang. Da liegt noch viel Arbeit vor uns, um die klassischen sozialdemokratischen Fragestellungen nach gerechter Verteilung und gleichen Chancen auf die Herausforderungen von heute anzuwenden und daraus klar verständliche Botschaften zu entwickeln. Beispiel Klimaschutz: Die Frage nach dem Ob stellt sich sowieso nicht, und ein defensives „aber bloß nicht zu viel“ will niemand hören. Was die SPD – und nur die SPD – thematisieren kann und muss, ist: wer bezahlt, wer profitiert und wie die Gesellschaft dabei insgesamt vorankommt.

Genau dafür wird die SPD gebraucht.

Nur mit einer starken SPD in Bund und Ländern lassen sich solch komplizierte Situationen wie jetzt in Thüringen überwinden. Und nur als starke Sozialdemokratie können wir gemeinsam mit anderen erfolgreich den neuen Faschisten entgegentreten.

Dass die AfD selbst unter einem so extremistischen und antidemokratischen Spitzenkandidaten wie Höcke ein solches Ergebnis erzielt, ist erschütternd – und spricht dafür, dass solche Wahlentscheidungen weit mehr sind als nur Protest. Auch die Wählerbefragungen zeigen immer deutlicher, dass eine Mehrheit der AfD-Wähler deren Inhalte teilt. Davor dürfen wir nicht die Augen verlieren, sondern müssen umso mehr den Streit über den Wert unserer Demokratie führen.

Wir sehen aber auch: Dreiviertel der Wählerinnen und Wähler in Thüringen haben demokratisch gewählt und wollen die AfD eben nicht in der Regierung sehen! Deshalb werden wir auch nicht in den Chor derjenigen einstimmen, die den Osten verloren geben. Wir wissen, dass wir Teil einer großen demokratischen Mehrheit sind. Unsere Aufgabe ist es, dieser Mehrheit der Gesellschaft Mut zu machen für das selbstbewusste Eintreten gegen Spaltung und Hetze, gegen Hass und Rassismus. **Bange machen gilt nicht!** ■



Foto: Nilz Böhme

Liebe Genossinnen und Genossen,

in Deutschland vollzieht sich gerade eine dramatische Entwicklung im Parteiensystem und bei den Wahlergebnissen. Längst betrifft das nicht mehr nur die SPD, wie wir gerade anschaulich am Beispiel Thüringen und an den selbstzerstörerischen Debatten in der CDU sehen. Und es betrifft auch nicht nur Ostdeutschland: Auch in Bremen konnte in diesem Jahr nach der Bürgerschaftswahl keine Zwei-Parteien-Koalition mehr gebildet werden.

In dieser Situation gibt es vermehrt Kritik daran, „dass sich die SPD ein halbes Jahr lang mit sich selbst beschäftigt“. Ich teile diese Kritik nicht. Sicher: Mir wäre es auch lieber, wenn die Führungsfrage in der Bundes-SPD etwas schneller geklärt werden könnte. Ich bin aber überzeugt, dass der aktuelle Prozess der Mitgliederbeteiligung für uns von allergrößter Bedeutung ist. Und zwar deshalb, weil die anhaltenden Verluste, die wir bei Wahlen erleben, etwas mit verloren gegangenen Vertrauen zu tun haben. Und dieses Vertrauen hat zuletzt auch zwischen der Parteispitze und den Mitgliedern gefehlt. Wir können aber selbst nicht glaubwürdig vor die Wählerinnen und Wähler treten, wenn uns die innere Geschlossenheit fehlt. Deshalb ist eine Parteiführung, die die Unterstützung der Mitgliedschaft hat, für uns jetzt der allerwichtigste erste Schritt.

Ich finde aber, da können wir noch eine Schippe drauflegen. 53 Prozent Beteiligung am ersten Wahlgang der Mitgliederbefragung sind zwar kein schlechtes Ergebnis, müssen aber auch nicht das letzte Wort sein. In der Stichwahlentscheidung gibt es mit Klara Geywitz und Olaf Scholz einerseits, Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans andererseits klar umrissene Alternativen. Es würde uns gut tun, wenn sich angesichts dieser Entscheidungsalternative an der Stichwahl noch mehr Mitglieder beteiligen und Position beziehen als in der ersten Runde.

Das gilt auch für die Abstimmung über den künftigen Vorsitz in unserem Landesverband. Wir waren auf der Länderebene in der SPD die Vorreiter für die Einführung der Doppelspitze. Jetzt sollten wir auch durch eine hohe Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt zeigen, dass wir es ernst meinen mit Parteierneuerung und der aktiven Mitwirkung der Mitglieder!

Bitte denkt daran: In diesen rauen Zeiten braucht der Landesvorsitz der SPD auch ein starkes Mandat für die Gespräche und Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien. Egal ob ihr euch für Juliane oder Katharina, für Seluan, Jost oder Andreas entscheidet: Eine hohe Wahlbeteiligung gibt denen, die im Landesverband künftig Verantwortung tragen, Rückhalt für ihre Arbeit. Das wünsche ich mir auch ganz persönlich für meine Nachfolgerin und meinen Nachfolger.

Liebe Genossinnen und Genossen,

eine neue Spitze bringt allein noch keine Erneuerung der Partei. Und wir können die Aufgabe, die SPD wieder stark und mehrheitsfähig zu machen, auch nicht an zwei Personen delegieren. Es bleibt eine riesige Herausforderung, unsere Inhalte neu zu schärfen, sie in verständliche Botschaften zu fassen und wieder den Draht zu den Menschen aufzubauen, denen wir diese Botschaften näher bringen wollen. Das bleibt eine Aufgabe für die gesamte Partei, an der erst recht alle mitwirken müssen, damit das gelingt. Aber jetzt bitte erstmal alle abstimmen!

Euer Burkhard ■

30 Jahre Friedliche Revolution – das ist nicht nur für (Ost-)Deutschland, sondern auch für uns als SPD eine Zäsur in der Geschichte. Deshalb blickte die SPD-Landtagsfraktion mit einer Veranstaltung am 29. November 2019 im Landtag in Magdeburg zurück – und nach vorn, auf die Perspektiven der Demokratie. Wir dokumentieren den Beitrag unseres neuen, alten Bundestagsabgeordneten Eberhard Brecht.



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Moderator Kai Langer von der Gedenkstättenstiftung im Gespräch mit SPD-Stadträtin Gosia Gomolka aus Weißenfels



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Katja Pähle stellte fünf Thesen zum "Einstehen für eine gefährdete Demokratie" vor, die wir online auf vornewech.de dokumentieren

Die friedliche Revolution von 1989

Von Eberhard Brecht

Die Sehnsucht nach einer gerechten Gesellschaftsordnung ist vermutlich fast so alt wie die Menschheitsgeschichte selbst. Der von Marx, Engels, Lenin und Stalin konzipierte Sozialismus war der Versuch, eine soziale Leistungsgesellschaft einzuführen. Nach dem sozialistischen Menschenbild sollte die Effektivität einer Gesellschaft nicht vorrangig durch materiell und ideell honorierte Leistungen erreicht werden, sondern durch ein Bewusstsein, dass auf das Wohl aller Bürger ausgerichtet ist. Ein solcher Anspruch ist allenfalls innerhalb einer kleinen Gruppe von Menschen realitätstauglich, versagt aber in einer großen, durch Anonymität geprägten Gesellschaft. Der Sozialismus des 20. Jahrhunderts scheiterte also vor allem deshalb, weil es kein attraktives Belohnungssystem für individuell erbrachte Leistungen gab. Da der real existierende Sozialismus den Zusammenhalt einer Gesellschaft nicht durch wirtschaftliche Erfolge garantieren konnte, wurden nicht nur bei seiner mit Gewalt verbundenen Einführung sondern während seiner gesamten Lebenszeit bürgerliche Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt und Systemgegner verfolgt. In der sowjetischen Besatzungszone und der jungen DDR gingen die Machthaber mit Brutalität gegen ihre Kritiker vor. In meiner Kindheit hörte ich von meinen Eltern von Zwangsadoptionen, langen Zuchthausstrafen, Verbannungen nach Sibirien und Todesurteilen. Mit Beginn der 60-iger Jahre zeigte sich das DDR-System weniger repressiv. Aber die Erfahrungen aus den 50-iger Jahren, das neue politische Strafrecht und die omniprésente Staatssicherheit schufen dennoch ein Klima der Angst, das letztlich für politische Konformität sorgte. Als ich beispielsweise gegen den Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die CSSR im Sommer 1968 mit Flugblättern protestierte und etliche davon auch verteilte, unterband mein Vater energisch dieses konspirative Handeln, das bei Enttarnung sicherlich eine mehrjährige Zuchthausstrafe für mich

nach sich gezogen hätte.

Mit dem wirtschaftlichen Kollaps des Sozialismus, seiner moralischen Erosion entstanden in achtziger Jahren in den sozialistischen Ländern Europas Bürgerrechtsbewegungen, die Freiheitsrechte und auch soziale Verbesserungen einforderten.

Eine Anmerkung: Später reklamierten andere Gruppen die gesellschaftlichen Veränderungen für sich. Da waren die Ausreisewilligen, die zwar das DDR-System durch ihre Abkehr vom Sozialismus mittelbar destabilisierten, dies mit ihrer Ausreise aber ja gar nicht beabsichtigten. Auch die Vertreter der Blockparteien in der DDR sahen sich später gem als mutige Systemkritiker. Als wir am 26. Oktober in Quedlinburg erstmals mit den Vertretern des Staates zusammen trafen, forderte mich der damalige CDU-Kreisvorsitzende auf, die Proteste zu beenden und die führende Rolle der SED nicht weiter in Frage zu stellen.

Die Orte des Protestes - es waren am Anfang fast ausnahmslos Kirchen – prägten die Art der Revolution, nämlich eine gewaltfreie. Der damalige Präsident des DDR-Scheinparlaments Volkskammer, Horst Sindermann, resümierte den für die SED verheerenden Machtverlust im Herbst 1989 mit den Worten: "Wir hatten alles geplant. Wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete." Neben der Gewaltlosigkeit war für mich der Herbst 1989 noch durch ein anderes Phänomen geprägt, der Verwischung von sozialen Grenzen. Bei den Zusammenkünften in unseren Wohnungen spielten Beruf und soziale Stellung keine Rolle: Da saßen der Chefarzt neben einem Punkermädchen mit grün gefärbtem Irokesenschnitt, das übergelaufene SED-Mitglied neben dem Gemeindepfarrer auf dem Fußboden und alle duzten sich.

Die für mich zunächst einmal wichtigste Funktion der Friedensgebete und Demonstrationen war das Abstreifen der Angst. Die oft sehr emotionalen Redebeiträge der

Demonstranten erinnerten mich an das Märchen vom Froschkönig, in dem die um das Herz gespannten eisernen Bänder des treuen Dieners Heinrich zersprangen. Als im September und Oktober 1989 unser



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Eberhard Brecht bei der Diskussionsrunde im Landtag

Haus durch Mitarbeiter der Staatssicherheit demonstrativ überwacht wurde, Ausweise unserer Besucher verlangt wurden, hatte ich meine Angst längst abgestreift, so dass ich meiner Frau vorschlug, den in einem roten Lada sitzenden Herren eine Tasse Tee zu bringen.

Was war das eigentlich für eine Revolution im Jahr 1989, zweihundert Jahre nach der französischen Revolution mit ihrer Forderungen nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit? Dies war zunächst keine Revolution mit einem Konzept für eine neue Gesellschaft. Es war am Ende nur eine nachholende bürgerlich-demokratische Revolution mit den Forderungen nach Meinungs-, Rede-, Versammlungs-, Presse- und Reisefreiheit.

Im Herzen stand ich damals eher bei denen, die die ostdeutsche Revolution zu Ende bringen, eine neue DDR-Verfassung erarbeiten wollten, um dann auf nahezu gleicher Augenhöhe auf Grundlage des Artikels 146 GG die deutsche Einheit zu erreichen. Ich gebe aber rückblickend zu,

dass meine Vorstellungen nicht viel mit der Realität des Jahres 1990 zu tun hatte. Der schnelle Anschluss nach Artikel 23 des GG war angesichts der Veränderungsdynamik, den sich verändernden außenpolitischen Bedingungen - so der Machtverlust von Michael Gorbachov - und der Zahlungsunfähigkeit der DDR alternativlos. Heute, 30 Jahre nach der friedlichen Revolution von 1989, müssen wir lernen, das dieser prägende Teil unserer eigenen Biografie für die junge Generation nicht Zeitgeschehen sondern Geschichte.

Und wie bewertet die Erlebnissgeneration die Ereignisse von damals?

Im Verlauf der Wiedervereinigung wurden die Ostdeutschen einem Entwertungsprozess ausgesetzt, der nahezu alle Lebensbereiche erfasst hat. Da war der Verlust von Eigentum, die fehlende Anerkennung von Bildungsabschlüssen, das Verschwinden von Nischen wie die betrieblichen Sport- und Kulturgemeinschaften. Am gravierendsten war für viele der Verlust des Arbeitsplatzes. Der Philosophie des Artikel 23 des Grundgesetzes folgend haben wir darüber hinaus die bundesdeutsche Verfassung und nahezu das gesamte Rechtssystem übernommen. So kamen die Westdeutschen in die Rolle der Richter, Lehrer und großzügigen Gönner, die Ostdeutschen in die Rolle der Schüler, Bittsteller und Versager. Gleichzeitig pro-

vozierten westdeutsche Freunde und Verwandte oft mit gönnerhaften Sätzen wie „Wir haben 1945 auch mal bei Null angefangen“.

Warum aber ist vielen Ostdeutschen der Stolz auf die Revolution von 1989 abhandengekommen? Während wir Freiheitsrechte in den Kirchen und auf der Straße erstritten haben, wurde den Westdeutschen nach 1945 die Demokratie durch die 3 westlichen Besatzungsmächte geradezu aufgezwungen. Und welche Revolution in der deutschen Geschichte war überhaupt erfolgreich und verlief ohne einen einzigen Schuss? Möglicherweise sind diese Überlegungen für viele zu abstrakt und abgehoben angesichts der Alltagsprobleme, die für diese Art Stolz keinen Platz lassen.

Als Helmut Kohl den 3. Oktober zum Nationalfeiertag des vereinten Deutschlands erklärte, habe ich einen lauten Protest aus dem Osten vermisst. (...)

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

(...) Wenn man denn überhaupt die Revolution von 1989 und die ihr folgenden Wiedervereinigung mit einem Datum verbinden will, dann ist es nicht der willkürlich gewählte 3. Oktober oder der 4. November, als sich einige SED-Repräsentanten auf dem Berliner Alexanderplatz angesichts des bereits entschiedenen Untergangs des Kommunismus dem neuen System anzudienen suchten, sondern eben der 9. Oktober. An jenem Tag im Jahr 1989 haben 70.000 Leipziger für jedermann dokumentiert, dass die DDR-Bevölkerung nicht mehr von ihrem Ziel einer gesellschaftlichen Veränderung abzubringen ist. So wäre der 9. Oktober ein viel symbolträchtiger Nationalfeiertag geworden, der weniger an die unbestrittene Leistung eines Helmut Kohl für die Einheit sondern mehr an den Mut von DDR-Bürgern erinnert hätte, mit dem Einsatz ihres Lebens friedlich für die Demokratie zu kämpfen. ■

Impressum

ViSdP: Friederike Rösler
 Redaktion: Martin Krems-Möbbeck
 Gestaltung: Jörn Rößler
 Beiträge an: redaktion@vornewech.de
 Anschrift:
 SPD Sachsen-Anhalt
 Redaktion vornewech
 Bürgelstraße 1, 391054 Magdeburg
 Erscheint online auf vornewech.de

Einberufung des ordentlichen Landesparteitags 2020

Der Landesvorstand der SPD Sachsen-Anhalt hat die Einberufung des ordentlichen Landesparteitags 2020 für den 24. und 25. Januar 2020 in Aschersleben beschlossen.

Vorläufige Tagesordnung:

Beginn: Freitag, 24.1.2020, 16.00 Uhr

1. Eröffnung
2. Konstituierung
 - 2.1 Beschlussfassung über die Tagesordnung
 - 2.2 Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
 - 2.3 Wahl des Präsidiums
 - 2.4 Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - 2.5 Wahl der Zählkommissionen
 - 2.6 Bestätigung der Antragskommission
3. Grußworte
4. Reden
5. Rede der Fraktionsvorsitzenden zur Arbeit im Landtag, Dr. Katja Pähle
6. Bericht aus dem Bundestag (schriftlich)
7. Aussprache zu den Reden und dem Berichten
8. Bericht der Mandatsprüfungskommission
9. Antragsberatung
 - 9.1 Satzungsändernde Anträge
 - 9.2 Leitanträge
 - 9.3 weitere Anträge
10. Verleihung Adam-Wolfram-Preis

20.00 Uhr: Unterbrechung des Parteitags – Parteiabend

Fortsetzung des Parteitages: Samstag, 25.1.2020, 10.00 Uhr

11. Fortsetzung des Parteitages
12. Grußworte

13. Rede des Landesvorsitzenden, Burkhard Lischka
14. Bericht des Landesgeschäftsführerin, Friederike Rösler (schriftlich)
15. Bericht des Schatzmeisters, Dr. Steffen Eichner (schriftlich)
16. Aussprache zur Rede des Landesvorsitzenden und zu den Berichten
17. Bericht der Revisorinnen
18. Entlastung des Landesvorstands
19. Wahl des Landesvorstands
 - 19.1 Wahl der Landesvorsitzenden
 - 19.2 Wahl der zwei stellvertretenden Vorsitzenden
 - 19.3 Wahl der Schatzmeisterin/des Schatzmeisters
 - 19.4 Wahl der Beisitzer/innen
20. Fortsetzung der Antragsberatung, wird immer zwischen den Wahlgängen durchgeführt
21. Wahl der Schiedskommission
 - 21.1 Wahl der/des Vorsitzenden der Schiedskommission
 - 21.2 Wahl der 2 stellvertretenden Vorsitzenden
 - 21.3 Wahl der 4 Beisitzerinnen und Beisitzer
22. Wahl der drei Revisor/innen
23. Wahl der sechs Delegierten zu den Bundesparteitag
24. Wahl der zwei Delegierten zum Parteikonvent
25. Schlusswort der Landesvorsitzenden
26. Abschlusslied

Eine Doppelstrategie für strukturschwache Regionen

Ist es sinnvoll, den Abstand zwischen Regionen mit geringen Einkommen, unzureichender Infrastruktur, Bevölkerungsschrumpfung, Überalterung und den Metropolregionen zu verkleinern? Ich denke ja. In den abgehängten Regionen ist einerseits das Vertrauen in demokratische Institutionen niedrig und die Sympathie für Rechtspopulismus eher groß; andererseits sind (soziale) Transferleistungen in die strukturschwachen Regionen auf Dauer unsinnig.

Der Schlüssel für eine Trendwende in den abgehängten Regionen ist eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, um die es in der Facharbeitsgruppe 2 der Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ geht. Ohne eine erheblich gesteigerte Wertschöpfung werden sich in den Problemgebieten Dörfer in Wüstungen verwandeln.

Die bisherigen Förderinstrumente sind leider nicht hinreichend. Das Potential zur Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ist zu gering, um jemals den Anschluss an die Metropolen zu erreichen. Insbesondere dort, wo Produktion auf wirtschaftsnaher For-

schung basiert, sind deutliche Steigerungen des BIP zu beobachten. Daher ist die Ansiedlung innovativer Unternehmen der Wachstumsbranchen erforderlich: Künstliche Intelligenz (KI), Robotik, Mess-, Steuer- und Regeltechnik, Informationstechnik /Telekommunikation (IKT), Nanotechnologie, Wasserstoff- und Elektromobilität, Energiespeicher, Medizintechnik, Biotechnologie, Luft- und Raumfahrt und Feinmechanik-Optik.

Der SPD-Ortsverein Quedlinburg hat einen Antrag für den Bundesparteitag gestellt, in dem die Vorschläge des SPD-Ostkonvents in Erfurt für einen Abbau von Disparitäten konkretisiert werden. Danach soll der Bund mindestens zehn innovative Wachstumskerne vorwiegend in Mittelzentren der strukturschwachen Regionen finanziell fördern. Dazu gehören wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen wie bestehende und neu anzusiedelnde Universitäten und Hochschulen.

Doch guter Wille und Geld allein reichen nicht: Die Boom-Regionen mit ihren attrak-

tiven Arbeitsangeboten haben in den letzten Jahrzehnten das Qualifikationspotential aus den strukturschwachen Regionen abgesaugt. So sollten erwerbsorientierte – auch ausländische – Fachkräfte aus dem MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) angeworben werden. Ein solch utopisch anmutender Transfer von Fachkräften ist in der deutschen Geschichte schon mehrfach gelungen (Hugonotten-Ansiedlung durch den großen Kurfürsten und Friedrich II.). Durch attraktive Angebote könnten MitarbeiterInnen weltweit rekrutiert werden. Warum sollte nur das kanadische Vancouver von der Auswanderungswelle aus Honkong profitieren?

Zudem sollte die EU ab 2020 temporäre Sonderwirtschaftszonen zulassen. In ihnen gelten steuerliche und Abschreibungs-Erleichterungen sowie eine Lockerung der Beihilferestriktionen für innovative Unternehmen. Eine durch den BREXIT drohende Mittelkürzung der EU-Fonds ab 2021 ist unbedingt abzuwenden.

■ Eberhard Brecht

Neumitgliederseminar in Magdeburg

Am Samstag, den 19. Oktober 2019, fanden sich in Magdeburg 17 Neumitglieder des SPD-Landesverbands zum Neumitgliederseminar ein. Nach kurzer Vorstellung und einem Abriss über die 156-jährige Geschichte der SPD konnten alle Neumitglieder mit den ihnen wichtigen Themen beginnen. Die Einführungen in die Strukturen der SPD – vom Ortsverein bis zur Bundes- und Europaebene – übernahm die Landesgeschäftsführerin Friederike Rösler.



Das wichtigste Thema war die Frage nach Beteiligungsmöglichkeiten für Neumitglieder und wie sie sich auch inhaltlich in die Parteiarbeit einbringen können. Gerade auf neue Mitglieder wirken die Strukturen aus Arbeitsgemeinschaften und SPD-Gremien auf den verschiedenen Ebenen verwirrend, manchmal auch abschreckend. Daher ist es wichtig, diese Strukturen überschaubar zu erklären. Um die Arbeit der einzelnen Arbeitsgemeinschaften vorzustellen und den Neumitgliedern einen Einblick in die vielfältige Arbeit zu gewähren, haben Kai Dethloff für den Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus und Ralph Blümel in der Doppelrolle als Afa- und Juso-Landesvorstandsmitglied über ihre Arbeit berichtet. Zum politischen Mittagstisch wurde Burkhard Lischka begrüßt. Er konnte auf seinem letzten Neumitgliederseminar als Landesvorsitzender eindrucksvoll über viele Jahre als Bundestagsabgeordneter, aus dem Landesvorstand und auch andere Erlebnisse in dieser Zeit berichten. Die Teilnehmenden nutzten die Möglichkeit für einen direkten persönlichen Austausch mit ihm. Er nahm sich viel Zeit zur Beantwortung von Fragen zu seinem persönlichen Standpunkt. ■

SPD-Kreisverband Stendal nominierte Landratskandidaten und wählte Vorstand neu

Bei einer Mitgliederversammlung der SPD im Landkreis Stendal am 13. September 2019 stand die Nominierung von Patrick Puhmann als Kandidat für Landratswahl am 10. November 2019 an. Die gut 40 Genossinnen und Genossen nominierten den Tangermünder mit 97,5

Termine der Fachausschüsse des SPD-Landesverbands mit Wahl der Vorsitzenden und StellvertreterInnen:

Fachausschuss Christen

Montag, 18.11. 2019, 17.00 Uhr

Fachausschuss Europa

Montag, 18.11., 19.00 Uhr

Fachausschuss Medien

Mittwoch, 20.11.2019, 18.00 Uhr

Fachausschuss Energie und Klima

Mittwoch, 20.11.2019, 18.00 Uhr

Fachausschuss Bauen und Wohnen

Dienstag, 14.1.2020, 19.00 Uhr

Alle Versammlungen finden im Ernst-Reuter-Haus, Bürgelstraße 1 in Magdeburg, statt.

Verleihung des Reinhard-Höppner-Engagementpreises

Der SPD-Landesverband und die Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt haben zum zweiten Mal den Reinhard-Höppner-Engagementpreis ausgelobt. Der Preis wurde im vergangenen Jahr im engen Zusammenwirken mit Renate Höppner zum ersten Mal verliehen.

Wir waren 2018 sehr angetan davon, wie viele Vorschläge wir für einen neu gestifteten Preis bekommen haben. Die Bandbreite reichte von Vereinen der Kinder- und Jugendarbeit über verdiente Feuerwehrleute, DRK-Helfer und Aktive aus der Integrationsarbeit mit Flüchtlingen bis hin zum Heimat- und Karnevalsverein. Die Preisverleihung findet am **26. November 2019 ab 18.00 Uhr im Landtag in Magdeburg** statt.

Prozent der Stimmen.

Direkt im Anschluss an die Mitgliederversammlung tagte der Kreisparteitag. Wesentliche Punkte nach der Entlastung des vor zwei Jahren gewählten Kreisvorstandes waren verschiedene Neuwahlen, allen voran die des Kreisvorstandes. Außerdem wurden neu gewählt eine Schiedskommission, Revisoren, die Vertreter für den Landesparteirat und die Delegierten für den Landesparteitag. In ihrem Bericht beschrieb die alte und später wiedergewählte Kreisvorsitzende Juliane Kleemann die letzten zwei Jahre als Zeit mit Gewordenem und Ambivalentem. Trotz der Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2017 haben es die Genossinnen und Genossen mit Hilfe durch Landes- und Bundes-SPD geschafft, ein Büro zu errichten, das sich mittlerweile zu einem lebendigen Treffpunkt der Genossen im Landkreis entwickelt hat.

Radtour des Ortsvereins Magdeburg-Mitte/Altstadt

„Zeitreise 1813“ lautete das Motto der traditionellen Radtour des Magdeburger Ortsvereins Mitte/Altstadt in diesem Jahr. Die Teilnehmer der Tour konnten die Geschichte des Befreiungskrieges gegen die napoleonische Armee im echten Wortsinn erfahren. Das erste siegreiche Gefecht der verbündeten preußisch-russischen Truppen am 5. April 1813 ging als Gefecht bei Möckern in die Geschichte ein. Aus Anlass des 100. Jahrestages veranlasste der preußische Staat die Aufstellung von Denkmälern in den wichtigsten Orten. Drei dieser Erinnerungsorte besuchten wir bei der „Zeitreise 1813“:

die imposante Feldsteinpyramide mit dem vergoldeten preußischen Adler in Vehlitz (siehe Foto), den Gedenkstein in Ladeburg und das Denkmal in Dannigkow.

Wer in diesem Teil des Jerichower Landes radelt, kann auch interessante Eisenbahngeschichte erfahren. Unweit des Dannig-

kower Denkmals steht ein gedeckter Güterwagen der ehemaligen Kleinbahn, deren Streckennetz einst eine Gesamtlänge von über 100 Kilometer hatte. Eine Infotafel vermittelt viel Wissenswertes über die Schmalspurbahnen zwischen Burg und Gommern. Ein Hauch von Eisenbahromantik begleitete uns bei der Weiterfahrt von Dannigkow auf der ehemaligen Bahntrasse der Strecke Loburg-Gommern, abgerundet durch die Kleinbahnlok 99 4301 vor dem leider sehr verfallenen Empfangsgebäude des Bahnhofs Gommern.



■ Bernd Biedermann

AG 60plus wählt neuen Landesvorstand

Im Rahmen der Landesdelegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus am 27.8.2019 wurde der neue Vorstand mit dem Vorsitzenden Josef Albert Dütsch gewählt. Nachdem die Landesarbeitsgemeinschaft in den letzten Monaten nicht mehr so präsent war, sollen jetzt die Aktivitäten sowohl auf Landesebene als auch in den regionalen Arbeitsgemeinschaften wieder verstärkt werden. Auf der LDK wurden auch drei Anträge zur Änderung des Berechnungsverfahrens bei Kommunalwahlen, zur Unterstützung von Fridays for future und zur Nominierung von Jost Riecke als Kandidat für den SPD-Landesvorsitz beschlossen.

Interessierte, die vor Ort in den regionalen AGs mitmachen wollen oder Anregungen zur weiteren Arbeit haben, werden gebeten, sich entweder direkt in den Regionen oder in der Landesgeschäftsstelle zu melden. ■